



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 20,- Mf. - Anzeigen: die breitgespaltene Petitzeile 8,- Mf., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 1,- Mf. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 30. Oktober bis 5. November 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 44 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

#### Erhöhung der Ortsbeiträge.

- Brieg.** Ab 1. Oktober auf 2 Mf.
  - Göppingen.** Ab 1. Oktober in allen Klassen auf 2 Mf. Neustadt a. d. S. Auf 2 Mf. in allen Klassen.
  - Hannover.** Ab 44. Woche 1. Klasse 2 Mf., 2. und 3. Klasse 5 Mf., alle höheren Klassen 8 Mf.
  - Trier.** Ab 1. Oktober für männliche Mitglieder auf 3 Mf., für weibliche Mitglieder auf 2 Mf.
  - Melle.** Auf 1 Mf. für männliche, auf 50 Pf. für weibliche Mitglieder.
  - Crimmitschau.** Ab 1. November für alle Mitglieder auf 3 Mf.
  - Greiz.** Ab 1. Oktober auf 2,- Mf.
  - Wittenberg.** Ab 42. Woche für alle Mitglieder auf 3,- Mf.
  - Potsdam.** Ab 1. Oktober für weibliche Mitglieder auf 2,- Mf., für männliche Mitglieder auf 3,- Mf.
- Der Verbandsvorstand gibt dazu die Genehmigung.  
J. U.; G. Bucher, 1. Vorsitzender.

### Bekanntmachung

Für den 3. und 4. November wird der Tarifaus- schuß nach Berlin, Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Sommerstr. 4a, zu einer Verhandlung über den Gehilfen- antrag:

#### Weitere Lohnerhöhung

einberufen. Die Parteimitglieder treten am 2. November zu ihren Sonderberatungen zusammen; am 3. November, morgens 10 Uhr, beginnt die Hauptverhandlung. Eine besondere schriftliche Benachrichtigung der Mit- glieder des Tarifauschusses erfolgt nicht. Mitglieder, die verhindert sein sollten, an der Verhandlung teilzunehmen, werden gebeten, dem Tarifamt unverzüglich davon Nachricht zu geben.

Berlin, 19. Oktober 1922.

#### Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

**Paul Winkler,** Robert Braun,  
Präsidenten-Vorsitzender, Gehilfen-Vorsitzender.  
**Paul Schliebs,** Geschäftsführer.

### Gautag des Gaus I

(Rheinland-Westfalen.)

Am Hagerhelm des alten Präsidiums in Köln wurde am 8. Oktober der Gautag des Gaus I abgehalten. 41 Delegierte aus 31 Zahlstellen sowie der Gauvorstand waren erschienen; 8 Zahlstellen, meist kleinere, hatten keine Delegierten entsandt. Als Vertreter des Buchdrucker-, Steindruck- und Buchbinderverbandes waren deren Gau- leiter Wiskner, Reis und Klimm anwesend. Eine besondere Note erhielt der Gautag durch die Anwesenheit unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Bucher. Gegen 10 Uhr eröffnete Kollege Hellmann nach Be- grüßung der Delegierten und Gäste den Gautag, kurzen Rückblick haltend über die Entwicklung und den Stand des Gaus, die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Gautages würdigend und dem Wunsch Ausdruck verleihend, die Be- schlüsse des Gautages möchten getragen sein vom Geiste der Sachlichkeit und Verantwortung, zum Wohle der Kollegenschaft, zur Fortentwicklung der Organisation. Die Vertreter der Bruderorganisationen überbrachten und er- widerten die Grüße mit herzlichen Worten im Sinne der kollegialen Zusammenarbeit zur gegenseitigen Orientierung, als ein Zeichen guter Vorarbeit für den Gedanken der graphischen Einheitsorganisation; daß der Gautag frucht- bringende und erprobliche Arbeit leisten möge, waren ihre Wünsche.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte Kollege Hell- mann das Andenken unseres verstorbenen Parteileiters und Kollegen Hermann Bell durch Hervorheben seiner Tätigkeit im Gau und der Zahlstelle Köln; in seinem Sinne weiter zu wirken müsse das Treuegebüßnis der Versammlung sein, als höchstes Zeichen habe ihm die gesamte Kollegenschaft des Gauses den wichtigen Erinnerungs- und Gedächtnisfest als ein Wahrzeichen der Organisation auf sein Grab gesetzt. Darauf erzielte Kollege Hellmann den Gaubericht, aus dem folgendes hier festgehalten werden soll: Die Ge-

samteinahmen des Gaus beliefen sich in der Berichtszeit (30. September 1920 bis 30. Juni 1922) auf 41081,58 Mf., die Ausgaben auf 14 297,26 Mf., so daß noch ein Barbestand von 26 784,32 Mf. vorhanden ist. Die Gesamteinahmen an Beiträgen ergaben die Summe von 1 283 137,30 Mf., davon wurden an die Hauptkasse gezahlt 844 718,62 Mf. An statutarischen Unterstüßungen wurden gezahlt 34 150,18 Mf., an Verwaltungsprozenten verblieben den Zahlstellen 112 182,14 Mf. Beitragsfrei waren in der Berichtszeit durch Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. 6829 Mit- glieder in 23 440 Wochen. Die Mitgliederbewegung halte in der Berichtszeit eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung. Mit Einführung des Reichstaxtarifs erhielt der Gau dieselbe geographische Ausdehnung, wie sie der Tarifkreis II vor- sieht, dadurch wurden die Zahlstellen Bielefeld, Herford, Minden und Hörter dem Gau einverleibt. Die Gründung neuer Zahlstellen folgte die allgemeine Auswärtsbewegung, wie wir sie b-a in die jüngste Zeit beobachten konnten, brachten es mit sich, daß die Mitgliederzahl von 2818 (1024 männliche, 1794 weibliche) auf 4876 (1436 männliche, 3440 weibliche) wuchs, wir mithin einen Zugang von 2058 Mitgliedern hatten. Von den 4876 Mitgliedern sind be- schäftigt im Buchdruck 3470, im Steindruck 1406. Wenn die vorhandene Mitgliederzahl auch noch lange nicht be- friedigend und festgesetzt werden muß, daß die Hilfsarbeiter- schaft mancher Prädikate noch der Organisation zuzuführen ist, zeigt die Steigerung aber am besten die Zugkraft der Organisation und die geleistete Arbeit. — Nummer gab Kollege Hellmann Bericht über die Zeit, von der ab er in der Gauverwaltung tätig war. Bei oberflächlicher Be- obachtung habe der Gau bei seinem Antritt in scheinbar geordneten Verhältnissen gefunden, was auf die Gesamt- verwaltung unter der umsichtigen Leitung des Kollegen Bell mit Anstrengung auch seiner letzten Kräfte unum- stritten zutrefte. In einer ganzen Reihe von Zahlstellen aber habe sich die monatliche Abwesenheit des Gauleiters, der aus Krankentätigkeit gefesselt war, recht ungenüßig aus- gewirkt; organisatorisch, wie agitatorisch lag manches im argen. Teilweise mußte ganz von neuem wieder auf- gebaut werden; kasstentechnisch hatten sich mancherlei Uebel- stände herausgebildet. Mit Unterstützung hilfsbereiter Buch- und Steindruckergehilfen seien die Schiffechen aber bald wieder fertiggestellt worden und mit unwesentlichen Ausnahmen könne festgestellt werden, daß heute die Zahl- stellen unter Leitung bewährter Kollegen stünden. Was an kasstentechnischen Mängeln noch teilweise zu Beanstandungen Anlaß böte, sei in dem vorliegenden vervielfältigten „Merk- blatt für die Zahlstellenleiter“ festgehalten, deren strikte Befolgung den amtierenden Kollegen zur Pflicht gemacht werde. Im übrigen empfahl Redner den Delegierten, die vorliegenden Tabellen und statistischen Zusammenstellungen einem eifrigen Studium zu unterziehen und für die Aus- füllung bzw. Ergänzung der ziffermäßigen Lücken in be- zug auf Extrabeiträge und Denkmalsumlage schnellstens Sorge zu tragen.

Mit einem Ueberblick auf die Bohrerhandlungen im Steindruck, den mehrmaligen Verhandlungen im Kreis- und Tarifamt und der sich hieraus ergebenden Folgerungen für die Kollegenschaft sowie ferner der geleisteten Aufführungs- arbeit in Versammlungen in fast allen Zahlstellen des Gaus, der entfalteten Werbetätigkeit am Niederrhein, schloß Kollege Hellmann seinen Bericht, nachdem er noch kurz die verschiedenen Streiks und ihre Auswirkungen geschildert hatte. Mit dem Hinweis, ausgiebige aber gerechte und sach- liche Kritik zu üben, forderte er die anwesenden Kollegen auf, mitzuarbeiten am Organisationsbau, Pfadfinder und -sucher zu sein und die uns noch fernstehenden der Orga- nisation zuzuführen, auch diejenigen, die heute noch un- berücksichtigt bei unseren Industrieverbandesfreunden im Buch- binderverbande oder anderen berufsfremden Organi- sationen sind.

Nach kurzer Aussprache wurde beantragt, die Dis- kussion abzubrechen und erst den Vortrag des Kollegen Bucher entgegenzunehmen, und die Aussprache dann mit beiden Punkten zu verbinden. Dem Antrag gemäß wurde beschloßen und Kollege Bucher erhielt das Wort zu seinem Vortrage: „Die gewerbliche und tarifliche Lage“. In fast zweistündigen Ausführungen, unterbrochen durch eine kurze Mittagspause, ging Kollege Bucher auf alle brennenden Fragen ein, die Ursachen und Wirkungen der allgemein- wirtschaftlichen Verhältnisse schildernd, unter denen heute die ganze minderbenutzte Bevölkerung leidet, ging er über zur Fiktion des katastrophalen Niederrheins unserer geistigen Kulturwerte und dann zur augenblicklichen Krise im Gewerbe, die heute in anderen Intervallen aufträte, a's wir früher gewohnt gewesen sind. Bucher, sowohl als Stein- druck- und Buchbinder, übergehend zur Tarif- erneuerung und Lohnpolitik schilderte Redner die Bestre- gungen im Untereinkamerlager, dem unferneits entgegen- gesetzt werden müsse: Unter Reichstaxtarif ist die Grundlage zu mehrerem Ausbau — er ist in manchen Teilen verbesse- rungsbedürftig —, die Mühlener Konferenz hat dahin- gehende Beschlüsse gefaßt. Ein Trugschluß für die Unter-

nehmer aber sei der Glaube, Gedaffenes wieder umstoßen zu können. Errungenes wird festgehalten, das ist ehernes gewerkschaftliches Gesetz. Scharfe Kritik erfuhr neben an- deren noch die wilde Streikbewegung, die der Kollegenschaft meist nur Opfer oder Scheinerfolge bringe, den Tarif- unterhändlern aber unglaubliche Schwierigkeiten bereite. — Den trefflichen Ausführungen Buchers, denen die Ver- sammlung gespannt und aufmerksam gelauscht hatte, wurde reichlicher Beifall gesendet. — In der nun einsetzenden Dis- kussion meldeten sich fast sämtliche Delegierten zum Wort, teils auf den Gaubericht, teils auf den Vortrag oder drilli- sche Verhältnisse eingehend, auch die Vertreter der Bruderorga- nisationen sprachen sich über verschiedene sie berührende Punkte aus. Die Kollegen Bucher und Hellmann gingen in ihrem Schlußwort auf die zu den beiden Tagesordnungs- punkten aufgeworfenen Fragen aufklärend oder berichtig- end ein, zugleich die Mahnung an die Kollegen richtend, das Besprochene in die Praxis umzumünzen, zu treuer Mitarbeit auch fernerhin die Hand zu bieten.

Heiß umstritten war der Punkt 3 der Tagesordnung: Gauangelegenheiten — dazu die eingelauteten Anträge. Nach einigen internen Mitteilungen seitens der Gauverwal- tung wurde zunächst formell Beschluß gefaßt über die Denkmalsumlage, die einstimmige Annahme fand. Ebenso die Anerkennung der Zahlstellen, für die sofortige restlose Abführung der Extrabeiträge befohlen zu sein. Die für die Zahlstellen ins Gewicht fallenden Beschlüsse der Mühlener Konferenz waren in dem vervielfältigten Merkblatt fest- gehalten und wurden kurz erörtert. Sodann kamen die vorliegenden Anträge zur Beratung. Die lebhafteste Debatte setzte beim Antrage des Gauvorstandes ein: Die Gau- beiträge betragen ab 1. Oktober 1922 einen gewissen Bruch- teil der Verwaltungsprocente, die den Zahlstellen nach § 17 Ziffer 10 des Verbandsstatuts zustehen. Demnach werden die Gaubeiträge wie folgt festgesetzt: Zahlstellen bis 100 Mit- glieder zahlen ein Drittel der Verwaltungsprocente, 100 bis 300 Mitglieder zahlen einhalb der Verwaltungsprocente, 300 bis 500 Mitglieder zahlen zwei Drittel der Verwal- tungsprocente, über 500 Mitglieder zahlen drei Viertel der Verwaltungsprocente als korporativen Gaubeitrag. Die Einzelbeiträge fallen weg. Der Antrag wurde nach ein- stündiger Aussprache, in der noch verschiedene andere Vor- schläge gemacht wurden, mit Zweidrittel-Mehrheit ange- nommen. Die beiden ersten Anträge Bielefeld, Einführung einer Sterbekasse innerhalb des Gaus sowie abwechselnde Zugehörigkeit der größeren Zahlstellen zu den Kreismit- stellungen, wurden abgelehnt. Darauf zog der Vertreter Bielefelds seine weiteren Anträge zurück. Ein Antrag Herford, der Verwaltungsbeamte Just-Bielefeld solle auch für Herford fungieren, war gegenstandslos geworden, da durch neuerdings anerkannte reichsarbeitsliche Regelung Ver- handlungen überflüssig geworden sind. Einem Antrage Düsseldorf auf Einführung eines Gaustatuts wurde zu- gestimmt und der Gauvorstand beauftragt, ein solches aus- zuarbeiten. Einem Initiativantrag Bestow-Düsseldorf, der Hilfskraft Frau Bell einen monatlichen Zuschuß von 1000 Mf. zu bewilligen, wurde im Prinzip zugestimmt, je- doch dem Gauvorstand freie Hand gelassen, einen geeigne- ten bewilligten Zahlungsmodus ausfindig zu machen. Damit war die trappige und doch so reichhaltige Tages- ordnung erledigt. Gegen 8 Uhr schloß Kollege Hellmann den Gautag mit dem Wunsch, daß alle Beschlüsse dem Verbands- und dem Gause sowie der gesamten Kollegenschaft zum Segen gereichen möchten. In das dreifache Hoch auf Gau und Verband stimmte die Versammlung begeistert ein. ... im ...

### Gewerkschaftsmitglieder und Landtags- wahl in Sachsen

Der sächsische Landtag ist mit den bürgerlich-kommu- nistischen Stimmen aufgelöst worden, und am 5. November steht das sächsische Volk vor der Entscheidung, ob es den Reaktionären von einst das Staatsrecht wieder überlassen will oder ob die soziale Republik ihre fruchtbringende Arbeit weiter verrichten soll.

Als der Landtag 1920 mit einer sozialistischen Mehr- heit von zwei Stimmen zusammentrat und allen An- feindungen zum Trotz die reine Arbeiterregierung, bestehend aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, mit Unter- stützung der Kommunisten bildete, da waren sich die Kenner der sächsischen Verhältnisse klar darüber, daß bei der Stärke des Bürgertums und der unfruchtbareren Politik der Kom- munisten diese Lösung sehr gewagt erschien. Denn die wirt- schaftliche Not des industriell hochentwickelten Landes und der Mangel an Staatsmitteln machten besonders die Durch- führung sozialer Maßnahmen recht unwahrscheinlich. Heute kann dagegen gesagt werden, daß dieses Experiment gescheit ist, und daß die sozialistische Regierung in den zwei Jahren ihres Bestehens in sozialer Hinsicht geradezu vorbildlich gewirkt hat.

Die Vermutung und Jähm sind mit größter Energie demotiviert, die reaktionären Elemente in ihr entfernt und Sozialisten und gute Republikaner mehr und mehr zu Amtshauptleuten, Kreisauptleuten, Geheimräten, Polizeipräsidenten, Staatsanwänden und Richtern ernannt worden. Die eingebrachte Gemeindeform sollte dieses Wert der Demokratisierung vollenden und den Mehrheitswillen des Volkes auch in der Gemeindeform zur Geltung bringen.

Ein Hauptaugenmerk legte die Regierung und der Landtag auf die Befestigung und Erweiterung der Arbeiterrechte. Zu Bauten- und Grubenkontrollen sowie zu Gewerbeinspektoren wurde eine Anzahl gewerkschaftlicher Arbeiter ernannt, unbekümmert um das Geschick, das aus Interessenfreilich gegen die Beförderung erhoben wurde. Bei ausbrechenden Lohnkonflikten traten die Arbeitergeheimräte der Regierung in energischster Weise für die berechtigten Forderungen der Arbeiter ein und verhinderten in einer großen Anzahl von Fällen, daß der rückwärtslose Machtwille des Unternehmertums sich in Lohnkämpfen oder Ausperrungen auswirkte. Die energische Durchführung des erlassenen Ueberleitungsverbotbeschlusses sorgte dafür, daß die Arbeitslosigkeit auf das geringste Maß beschränkt wurde. Die wirtschaftlich stark dauberliegende vogelähnliche Spitzenindustrie wurde durch Verpfändung neuer Industrien umgestellt und lebensfähig gemacht. Für 29 000 Erwerbslose konnte durch Einrichtung von Notstandarbeiten eine erhöhte Erwerbslosenunterstützung beschafft werden. Für produktive Erwerbslosenunterstützung wurden im Jahre 1921 nicht weniger als 2 1/2 Mill. M. verausgabt. Das Wirtschaftsministerium beauftragte die Landesstelle für Textilnotstandsberufung mit der Organisation von Austrägen in Bekleidungsmaterial und Wäsche und bestimmte, daß die Preisstabilisierung der Lufttrag erhaltenen Industrien unter die Kontrolle der Gewerkschaften gestellt wurde. Durch diese Notstandsberufung sind der minderwertigsten Bevölkerung für über 100 Millionen Mark erfolgreich verbrieflicht Textilien, Kleidungsstücke und Schuhwaren zugeführt worden. Das frühere Reichsberufungsamt Dresden wurde in ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen umgewandelt, an dem außer der Staatsbank die Großhandelsvereine, die Deutschen Konsumvereine und die Produktivgenossenschaft der Schneider in Dresden und Eisenhüttenwerk beteiligt sind. Sodann wurde ein Arbeitnehmerkammergesetz eingebracht, das der Arbeiterchaft die Möglichkeit geben soll, in allen wirtschaftlichen und beruflichen Fragen der Regierung beratend und gutachtlich zur Seite zu stehen und damit ein Gegengewicht zu den Gewerbe- und Handelskammern zu bilden. Die gleiche Absicht verfolgte die Regierung in dem eingebrachten Landwirtschaftskammergesetz, das den Einfluß der Großgrundbesitzer in der landwirtschaftlichen Produktion und Preisbildung einbinden und den Landarbeitern zum erstenmal ein Mitbestimmungsrecht auf diesen Gebieten geben sollte. Die Staatswirtschaft wurde unter Mitwirkung der Arbeitervertretung durch das Staatswirtschaftsgesetz in vorbildlichster Weise wieder aufgerichtet. Elektrizität, große Kohlenwerke, Landwirtschaftsbetriebe usw. wurden dem privaten Ausbeutertum entzogen, der Gesamtheit mit bestem Erfolg dienlich gemacht und damit gleichzeitig der Sozialisierungsgedanke befruchtet.

Für den Wohnungsbau wurde die doppelte Summe beigesteuert, die der Staat auf Grund des Reichsleistungsgesetzes zu leisten verpflichtet war. In der Wohlfahrts-, Säuglings- und Kleinkinderpflege, im Mutterchutz und in den Müttererwerbsstellen wurde vorbildlich gearbeitet, die Jugendwohlfahrt ausgebaut, die Zuerwerblosen-, Krüppel- und Erholungsfürsorge in gründlichster Weise gefördert und allerorts Arbeiter-Wohlfahrtsauschüsse gegründet, die mit staatlichen Mitteln die Wohlfahrtspflege in andere Bahnen lenkten. Der Arbeiterportbewegung wurde die denkbar größte Unterstützung zuteil. Auch die Polizei konnte umgestellt und zu Dienern der sozialen Republik gemacht werden.

Endlich ging die Regierung an die Umwidmung des Volksschulwesens. Durch die Umwandlung der Lehrerseminare wird der heranzustehende Volksschullehrer auf die sozialen Ideen der neuen Republik und die neuesten Methoden der Pädagogik eingestrichelt und in der Aufbauschule 300 Kindern des Proletariats jährlich die Möglichkeit gegeben, auf Kosten des Staates eine Gymnasialbildung zu erhalten. Den Rahmen dieser geistigen Umstellung vollendete das Schulbarkeitsgesetz, das die Volksschulbildung gründlich vertieft, den Lehrer zum Angestellten des Staates macht und ihn somit aus den Fesseln einer rückwärtigen Gemeindepolitik befreit.

Doch all diese Maßnahmen nur unter dem energischsten Widerstand der bürgerlichen Parteien durchgeführt werden konnten, und daß die sozialistische Regierung diesen Parteien immer unbehaglicher wurde, versteht sich von selbst. Als daher der Landtag noch zwei christliche Felerträge abschaffte und dafür den 1. Mai und den 9. November zum gesetzlichen Feiertag erhob, da schrie die Reaktion auf und forderte stürmisch die Auflösung des Landtags.

Dieses Verlangen wurde zwar zunächst abgelehnt, doch stellten die Bürgerlichen das Volksgehren auf Auflösung des Landtags. Die Regierung war keineswegs gewillt, dieser Auflösung aus dem Wege zu gehen, doch erklärte sie offenerhand, daß zunächst einmal die wichtigsten vor der Verabschiedung stehenden Gesetze durchgeführt werden müßten, u. a. die Gemeindeform, das Arbeitnehmerkammergesetz, das Landwirtschaftskammergesetz, das Gesetz der Beamten zum Schutze der Republik u. a. m. Ebenso, daß sie Zeit zu gesetzgeberischen Maßnahmen benötige, um der durch die Marktentwertung heraufbeschworenen Not und dem Hunger zu steuern.

All das hätte auch durchgeführt werden können, wenn nicht die Kommunisten, kommandiert von Berlin und Moskau, plötzlich der Regierung und den sozialistischen Parteien in den Rücken gefallen wären. Denn um die durch die Leinwand entstandene Erregung der werktätigen Massen parteipolitisch auszunutzen, stimmten diese Arbeitervertreter mit den größten Feinden der Arbeiterchaft, den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei, für die Auflösung. Da die sächsische Regierung mit ihrer vorbildlichen Politik auch im Reich und in andern Ländern stets als Dränger und Wegweiser austrat, sieht die gesamte deutsche Reaktion dem Ausgang des Wahlkampfes mit größter Spannung entgegen. Liegt in Sachen des Bürgerturn, kann falls das selbste Volkswort der deutschen Republik, dann verwindet ein Anreger und Stürmer auf sozialem Gebiete. Deshalb haben ganz besonders die sächsischen Gewerkschaften das größte Interesse an der Erhaltung einer sozialistischen Regierung.

ganz besonders in einer Zeit, in der die Gegner der Arbeiterchaft sich anschieben, eroberte Positionen der Gewerkschaften abzubauen.

Kein Kollege und keine Kollegin darf daher am 5. November der sächsischen Wahl fernbleiben.

Wählt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei! Das ist die Parole unserer sächsischen Kollegenchaft und ihrer wahlfähigen Angehörigen am 5. November.

## 25 Jahre Zählstelle Stuttgart

In einer für die Arbeiterklasse so schweren Zeit jährt sich zum 25. Male der Tag der Gründung der Zählstelle Stuttgart unseres Verbandes. 25 Jahre liegen hinter uns, Jahre rastloser zäher Arbeit, für den Chronisten eine dankbare Aufgabe, alles das Neue passieren zu lassen, was bedeutungsvoll für die Entwicklung unserer Zählstelle war und ist. Diese 25 Jahre Zählstelle Stuttgart bedeuten ein Stück Geschichte der jetzt so mächtigen deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, von vielen, die zu eng damit verbunden sind, nicht in ihrem vollen Werte beachtet und gewürdigt. Mit Stolz können die Wenigen, die bei der Gründung der Zählstelle noch mit dabei waren, auf ihr Werk blicken, ist doch das schwache Pfänzchen zu einem stattlichen Baume herangewachsen. Für sie treffen die prächtigen Dichterworte zu: „Halt, deinen Hammer, Schmied, bereit, rüfte deines Feuers hellen Zug, wesenlos vom Berge steigt die Zeit, wandle sie zu Akerat und Pflug. Soll sie lachelnd goldne Frucht verpredden, müssen vorher harte Schollen brechen“.

Siehen die schweren Zeiten die Herausgabe einer Festschrift nicht zu, so wollte aber auch die Mitgliedschaft Stuttgart ihren Ehrenrang nicht lang- und klanglos vorübergehen lassen. So trafen sich denn auch die Kollegen und Kolleginnen am 7. Oktober im festlich geschmückten Saal der Arbeiterhalle in Stuttgart, der die so überaus zahlreich erschienenen kaum fassen konnte. Auf der Bühne hatte das Bild unserer langjährigen, so hochverehrten Führerin unseres Verbandes, Frau Paula Thiede, umrahmt von prächtigem Lorbeer, Aufstellung gefunden. Ein auf künstlicher Höhe stehendes Programm, ausgeführt von dem Musikverein Stuttgart, der sich in lebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellten Sängervereinigung der Buchdrucker-Gesellschaft Stuttgart, den kleinen Tanzkünstlerinnen Erta und Hilde Schanz, der dramatischen Abteilung des Arbeitervereins Stuttgart und des Genossen Robert Bauer vom Buchbinderverband, der in eindrucksvoller Weise Freilichtgasts „Requiescat“ vortrug, bildete einen würdigen Rahmen um den Akt der Ehrung der Jubilare.

Nach Begrüßung der Festsammlung und der Vertreter der Bruderorganisationen und des Gewerkschaftsvereins sprach Kollege Gauleiter Werner allen Mitwirkenden den herzlichsten Dank aus und schilderte dann die Entstehung unseres Verbandes, dabei zurückgreifend auf das Jahr 1890, das als Gründungsjahr der Zählstellen Hamburg und Berlin in Frage kommt. Besonders die Berliner Kollegenchaft ging bahnbrechend vor. Das Berliner Graphische Komitee war es, das die „Solidarität“ gründete. Die erste Nummer erschien am 14. Juli 1895. Die Zeitung wurde aus den gemeinsamen Mitteln der Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen und Steindrucker Berlins, sowie dem lokalen Hilfsarbeiterverein Berlins unter Mitwirkung der Spartengruppen der Maschinenmeister, Stereotypenreue und Schriftdrucker geschaffen und auch erhalten.

Am 25. August 1895 erschien der erste Aufruf an die deutsche Kollegenchaft, welcher aufforderte, lokale Vereinigungen zu gründen, herausgegeben von dem Kollegen Heinrich Jahn in Berlin. Die lokalen Vereinigungen waren die Vorläufer unserer heutigen Organisation. Nur langsam regte es sich in den verschiedenen Orten, die durch die „Solidarität“ bereits feste Verbindung miteinander hatten. So konnte der Gedanke zentraler Zusammenfassung Fuß fassen. Nach langer Vorbereitung wurde am 27. September 1897 in Berlin ein aus den Kollegen Heinrich Jahn, G. Köhling und Frank und den Kolleginnen Clara Wien und Paula Thiede gebildete Kommission gewählt, deren Arbeit auch die Gründung der Zählstelle Stuttgart zu verdanken ist. Nur langsam entwickelte sich die Organisation, bekämpfte vom Unternehmertum wie auch in bestiger Weise von der eigenen Kollegenchaft, und nur durch tatkräftige Unterstützung der Gehilfen ging es vorwärts. Unter diesen war es besonders der verstorbene Genosse M. Schröder, der sich in selbstloser Weise unserer Sache zur Verfügung stellte.

So manchen Gründer deut heute der lähle Rasen. Besonders müssen wir unserer leider so früh verstorbenen 1. Vorsitzenden unserer Verbandes, Paula Thiede, gedenken, die so auch mitgearbeitet hat an der Gründung unserer Zählstelle, sowie des Kollegen Schrag, der lange Jahre die Kassengeschäfte unserer Zählstelle führte. Den Verstorbenen können wir unseren Dank nur dadurch abstatten, daß wir ihrer heute in dankenswerter Erinnerung gedenken und auf neue Gedanken, in ihrem Sinne an ihrem geschaffenen Werte weiterzuarbeiten. 14. Jubilare kann die Zählstelle durch Ueberreichung einer Ehrenurkunde für ihre Treue und Arbeit persönlich ehren.

Nach diesem kurzen Rückblick sprach Kollege Werner auf die heutige Front der Arbeiterklasse ein und forderte die Mitglieder auf, sich den Idealen seiner Gründer zum Vorbild zu nehmen und ebenfalls treu auszuhalten. Für den Verband dürfe kein Opfer zu groß sein. Mit einem dreifachen Hoch auf die Zählstelle und die Jubilare schloß Kollege Werner seine Ausführungen.

Die Glückwünsche des Verbandsrats überbrachte Kollege Weiser, der auch Kollege Werner durch Ueberreichung einer Ehrenurkunde für seine 25jährige gewerkschaftliche Tätigkeit, darunter 16 Jahre als Angestellter unserer Zählstelle, ehrte und den Dank der Mitgliedschaft aus sprach. Die Glückwünsche des Ortsvereins Stuttgart des Verbandes der Buchdrucker überbrachte dessen 2. Vorsitzender, Genosse Schröder, der ausführte, daß es ihm eine besondere Freude sei, am heutigen Tage uns die Glückwünsche seiner Organisation überbringen zu dürfen, als Genosse der unserer Zählstelle gearbeitet habe. Er rief uns die Worte ins Gedächtnis, die sein Vater anlässlich des 3. Stiftungsfestes der Kollegenchaft gesprochen habe, daß alle den Weg zur Organisation finden und in Treue ihre ganze Kraft derselben zur Verfügung stellen mögen. Die Grüße des Verbandes der Buchdrucker überbrachte Genosse Döbbling.

Stuttgart, während der Verband der Steindrucker und Lithographen ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschschreiben sandte und baite.

Am Verlauf des Festes trafen noch eine Anzahl Karlsruher Kollegen und Kolleginnen mit dem Kollegen Rieger als offizieller Vertreter der Karlsruher Zählstelle ein. Kollege Rieger überbrachte die Grüße der Karlsruher Kollegenchaft und wünschte der Zählstelle Stuttgart ein weiteres Blühen und Gedeihen. Auch die Kollegin Rast der Zählstellen Ludwigsburg und Eßlingen baite sich sehr zahlreich eingefunden und überbrachten die Grüße der dortigen Kollegenchaft. Glückwunschtelegramme trafen im Verlauf des Abends noch ein von den Zählstellen Frankfurt a. M., Pforzheim und Waldkirch. Mit dem mit großem Beifall aufgenommenen schwäbischen Schwan „D. Herrnberger Erbschaft“ und einem gemächlichen Längchen schloß der für die Zählstelle Stuttgart so bedeutungsvolle Tag.

Wäge der in der Festrede zum Ausdruck gebrachte Appell an den Idealismus unserer Mitglieder seine Früchte zeitigen zum Nutzen und Gedeihen unserer Zählstelle und unseres Verbandes.

M. Bauer, Stuttgart.

Leider konnte der Verbandsvorstand eine Vertretung zu dem Ehrentage der Stuttgarter Kollegen und Kolleginnen nicht entsenden, die Lohnverhandlungen in Leipzig mögen das Fernbleiben entschuldigen. So will von dieser Stelle aus der Verbandsvorstand der Zählstelle Stuttgart einen, wenn auch verspäteten, doch herzlich und aufrichtig gemeinten Glückwunsch darbringen. Gern und freudig soll die vorbildliche Arbeit der Stuttgarter Mitglieder für den Verband anerkannt werden, die das Wort ihres großen Landsmanns Umland stets wahr zu machen sich bemühen:

Denn soll der Mensch am Leibe leben,  
So brauch er sein täglich Brot  
Doch soll er sich zum Geist erheben,  
So ist ihm seine Freiheit not.

## Das Existenzminimum in der ersten Oktoberhälfte 1922

Von Dr. R. Krcaynsti.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Oktoberhälfte um etwa drei Zehntel höher als im September, reichlich doppelt so hoch wie im August, etwa 3/2mal so hoch wie im Juli, reichlich 5mal so hoch wie im Juni und 16mal so hoch wie im Oktober 1921. Rationiertes Brot kostete 80mal soviel wie vor neun Jahren, Milch 23mal soviel, Kartoffeln 24mal soviel, Britetts 27mal soviel, Graupen 27mal soviel, Margarine 288mal soviel, Bohnen 30mal soviel, Reis 309mal soviel, Zucker 333mal soviel, Brot im freien Handel 337mal soviel, Erbsen 350mal soviel, Speck 390mal soviel. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Hebbar	Erwerbslos mit 2 Kindern
Ernährung	970	1653	2240
Wohnung	25	25	25
Beheizung und Beleuchtung	447	447	447
Bekleidung	830	1383	1937
Sonstiges	720	1123	1487
1. Oktoberhälfte 1922	2098	4631	6136
September 1922	2319	3552	4714
August 1922	1393	2203	2958
Juli 1922	829	1298	1763
Oktober 1921	187	286	386
Oktober 1920	156	232	318
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestlohn in der ersten Oktoberhälfte 1922 für einen alleinstehenden Mann 500 M., für ein kinderloses Ehepaar 772 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 1023 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 156 400 M., für das kinderlose Ehepaar 241 550 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 329 100 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Oktoberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 2098 M., d. h. auf das 179,0fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 4631 M., d. h. auf das 207,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 6136 M., d. h. auf das 213,0fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Oktoberhälfte etwa 1/2 Pf. wert.

## 2. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

In der Frage des Brotpreises stellte sich eine große Mehrheit des Bundesauschusses auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen sei, das Reich wieder Zufüsse leisten, um den Brotpreis niedriger zu halten. Es sei von den Arbeitgebern zu fordern, daß sie die Lohnverpflichtungen tragen, die erforderlich sind, um den vollen Preis des Brotes zahlen zu können, um so mehr, da die organisierten Arbeiter des Auslandes es ebenfalls nicht billigen, daß es den deutschen Unternehmern durch die Zufußwirtschaft ermöglicht werde, die Löhne niedriger zu halten als sie eigentlich sein müßten.

Einer vom Bundesvorstand vorgelegten Entschliessung über das Ueberflächentum im Bergbau stimmte der Ausschuss einmütig zu. Sie lautet:

„Der Bundesauschuss stimmt dem Ueberflächentum abkommen im Kohlenbergbau zu und spricht den Bergarbeitern Anerkennung und Dank aus für das Opfer, das sie mit ihrer Mehrleistung dem deutschen Volke und damit auch der gesamten Arbeiterchaft darbringen.“

Der Bundesauschuss erklärt, daß durch die Ueberflächentum der geschlechte Siebenstundentag im Bergbau keinesfalls in Gefahr gebracht werden darf, die Ueberarbeit darf nur solange fortbauern, als die allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit es erfordert. Jeder ernstliche Versuch, den Arbeitstag dauernd zu verlängern, müßte mit der ganzen Macht der Gewerkschaften abgelehnt werden.

Der Bundesauschuss hätte gewünscht, daß das Ueberflächentum abkommen neuzeit würde zu einer Veränderung



der jetzigen Art der Kohlenverteilung. Mit der Befähigung über die Kohle können in erheblichem Maße weitere Preissteigerungen verhindert und Preisfaltungen herbeigeführt werden. Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, mindestens die Ueberflüssigkeitskosten zu zuführen.

Der Bundesauschuss beschließt, diese Forderung noch jetzt zu erheben und verweist insbesondere auf die Möglichkeit, eine starke Verbilligung des Wohnungsbaues und damit zugleich die dringend nötige Linderung der Wohnungsnot durch entsprechende Verwendung der Ueberflüssigkeitskosten herbeizuführen.

Die jetzigen Monopole der Baustoffhersteller müssen durchbrochen werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß den Syndikaten in der Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie die Kohlenverteilung für ihre Produktion noch immer selbst in die Hand gegeben ist. Die Folgen sind die unerhörten Endpreissteigerungen aller Baustoffe. Es würde noch unerträglicher sein, wenn aus den jetzigen Ueberflüssigkeiten der Bergarbeiter nur die Syndikate der Unternehmer wieder Nutzen zögen.

Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband und den anderen beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Ueberflüssigkeiten erzeugten Kostenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzusetzen.

Zu einer ebenfalls vom Bundesvorstand vorgelegten Entschlüsselung zur wirtschaftlichen Lage waren mehrere Zusätze und Abänderungsanträge eingebracht worden. In ihrer angenommenen Form lautet sie folgendermaßen:

„Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die vom Bundesvorstand in Gemeinschaft mit den anderen Spitzenorganisationen unternommenen Schritte zur Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers. Er weist erneut die Regierungen und die Parlamente des Reiches und der Länder auf die völlige Unhaltbarkeit der Lage hin, in welche die Masse der Bevölkerung durch die ungeheuren Preissteigerungen auf allen Gebieten gekommen ist. Er ermahnt die Regierungen und den politischen Parteien, daß sie mit Ernst und Eile alle erforderlichen Maßnahmen treffen, und beauftragt den Bundesvorstand, auch weiterhin als Mahner und Dränger unangehört für die Durchführung der gewerkschaftlichen Vorschläge zu wirken. Hierbei erinnert der Ausschuss insbesondere an seine Entschlüsselung vom August 1921, die eine Veränderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft forderte. Es ist eine Wirtschaftsorganisation herbeizuführen, die der kapitalistischen Ausbeutung durch Privatmonopole ein Ende macht und den wahren Zweck einer organisierten Wirtschaft, die Deckung des Bedarfs der Gesamtbewölkerung, zur Erfüllung bringt.“

Der Ausschuss verkennt jedoch nicht, daß die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes in dem außerpolitischen Druck liegt. In Uebereinstimmung mit den Bemühungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem kürzlich gefassten Beschluß des englischen Gewerkschaftskongresses, der mit Freude und Genugtuung von den deutschen Gewerkschaften begrüßt wird, fordert deshalb der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß im Interesse des Wiederaufbaues von Europa die Gewaltspolitik gegen Deutschland endlich aufgegeben und der Weg zu einem wahren Frieden und zur Veröhnung der Völker eingeschlagen werden möge.“

Eine weitere vom Vorstand vorgelegte Entschlüsselung gegen die kommunistischen Gewerkschaftsagitatorien erfährt ebenfalls eine kleine Abänderung. Sie wurde in folgender Form angenommen:

Die Veröffentlichungen der kommunistischen Partei in Zeitungen, Flugchriften und Plakaten überbieten sich in den letzten Wochen in Verdächtigungen und Beschimpfungen der Gewerkschaftsteilungen, die alles frühere Maß überschreiten. Jede Aufklärung und Richtigstellung von Irrtümern bleibt vergeblich, die unsinnigsten Vorwürfe werden täglich aufs neue wiederholt, mit einer Unwahrscheinlichkeit und Bosheit, die keine Örgenzen kennt und tiefsten Abscheu erregen muß.

Diese Methode der kommunistischen Agitation soll bezwecken, das Vertrauen der unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Notlage leidenden Arbeiterschaft zu den Gewerkschaftsteilungen zu erschüttern. Deshalb wird lehrteren tagtäglich nicht nur die Fähigkeit, sondern überhaupt der Wille abgestritten, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Aus dieser lächerlichen Darstellung sollen die Arbeiter die Folgerung ziehen, daß an Stelle der Gewerkschaftsteilungen jetzt die Betriebsräte die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand nehmen müßten.

Demgegenüber stellt der Ausschuss des A.D.G.B. fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsrätekongress lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll. Die Gewerkschaften müssen es aus Selbstachtung und im allgemeinen Arbeiterinteresse ablehnen, einer Parole der kommunistischen Partei zu folgen.

Der Ausschuss verweist auf die Beschlüsse des 1. Reichsbetriebsrätekongresses und des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften klarstellen. Wie die Gewerkschaftsteilungen sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung voll bewußt sind, so erwartet der Bundesauschuss auch von den Betriebsräten, daß sie die angestrebten Bemühungen der Gewerkschaften im Rahmen ihres Aufgabengebiets unterstützen. Wie alle feierlichen Beschlüsse der kommunistischen Partei, den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen, so muß auch der jetzige, mit soviel unlauteren Mitteln unternommen, an dem gesunden Sinn und dem entschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft zum Scheitern gebracht werden.

Einer von den Vertretern des Baugewerbes eingebrachten Entschlüsselung zur Lage im Baugewerbe stimmte der Bundesauschuss zu. Sie lautet:

„Die ungeheure Preissteigerung auf dem Baumarkt hat herartig katastrophale Folgen gezeitigt, daß eine völlige Stilllegung der Bautätigkeit befürchtet werden muß. Schon in der letzten Zeit sind in verschiedenen Orten Wohnungsbauten eingestellt worden. Zu allem Ueberflus hat der letzte Städtetage die Gemeinden noch aufgefordert, das Weiterbauen zu unterlassen.“

Wegen diese kurzfristige Wirtschaftspolitik erhebt der Bundesauschuss aufs schärfste Einspruch. Würde der Aufforderung des Städtetages Rechnung getragen, so bedeutet

dies auf der einen Seite eine dauernde Verschlimmerung der heute schon unerträglichen Wohnungsverhältnisse, auf der anderen Seite aber die bewußte Herbeiführung einer gewaltigen Arbeitslosigkeit und die völlige Zerrüttung unserer Volkswirtschaft.

Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe, vom dem zahlreiche Bauebenenwerke einschließlich der Baustoffindustrien, des Baustofftransportis und der Bauausstattungsindustrie abhängig sind. Würde das Baugewerbe stillgelegt, so bedeutet das für den deutschen Arbeitsmarkt die völlige Katastrophe. Um dem zu entgehen, fordert der Bundesauschuss des A.D.G.B. sofortige Maßnahmen zur Fortführung der Bautätigkeit. Der Unteranspruch des Wohnungsausschusses des Reichstages hat dem Reichstag hierfür geeignete gesetzliche Maßnahmen dringend erforderlich ist.

Insbesondere fordert der Bundesauschuss die schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers sowie Maßnahmen zur Verbilligung der Bauausführungen.

Der Bundesauschuss beauftragt den Bundesvorstand, sofort bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Baustoffwucher zu beseitigen und die Fortführung der Bautätigkeit zu gewährleisten.“

Ein Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrages führte zu dem Beschluß, den Beitrag für jedes Gewerkschaftsmitglied auf vierteljährlich 2 Mk. zu erhöhen.

Im weitere Mittel für das Haus des A.D.G.B. zu beschaffen, wurde beschloffen, von den Verbänden einen Beitrag von 3 Mk. für jedes Mitglied zu erheben. Ferner sollen noch Darlehensscheine ausgegeben werden, die von benannten Gewerkschaften übernommen werden können, die Gelder dazu zur Verfügung haben und die zu verzinsen sind.

Sobann beschloffen sich der Ausschuss mit dem Internationalen Weltfriederkongress, der vom 10. bis zum 15. Dezember im Haag stattfindend ist. Schon der letzte Gewerkschaftskongress hatte beschloffen, daß dieser Kongress zu besuchen sei. Der Ausschuss empfahl den Verbänden, diesen Kongress möglichst zahlreich zu besuchen.

Zu einer ausgedehnten Aussprache kam es bei der endgültigen Beschlußfassung über die Regeln für die Führung von Wohnbewegungen und Unterfützung von Streiks in gemischten Betrieben, die der Gewerkschaftskongress dem Bundesauschuss übertragen hatte. Ganz besonders wurde die Stellung zur Technischen Nothilfe erörtert. Die dem Kongress vorgelegte Fassung erfährt im zweiten Abschnitt § 11 eine kleine Ergänzung und wurde in dieser Form gegen sieben Stimmen angenommen.

Die in der Tagesordnung vorgesehene Erörterung der sonstigen vom Kongress überwiesenen Anträge mußte wegen Zeitmangels auf die nächste Ausschusssitzung verschoben werden.

Zu einer langen Aussprache kam es ferner bei dem Tagesordnungspunkt: Ausführung der Konarbeitsbeschlüsse über die Organisationsfrage. Es wurde beschloffen, eine Kommission einzusetzen, die Vorschläge zur Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Arbeitsverbänden machen soll. Die Kommission setzt sich aus je einem Vertreter folgender Verbände zusammen: Transportarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, „Gemeinde-“ und „Staatsarbeiter, Bergarbeiter, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Schuhmacher, Textilarbeiter, Maschinenisten und Heizer, Holzarbeiter, Zimmerer, Kältereiarbeiter, Steinseher. Außerdem soll ein Vertreter des Bundesvorstandes der Kommission angehören. Ferner soll es dem A.D.G.B. freigestellt werden, eine Vertretung zu entsenden.

Als Ergebnis der Aussprache über diesen Punkt konnte Beipart festgestellt, daß vollkommene Einstimmigkeit darüber herrscht, daß der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses den Vorstand und Ausschuss beauftragt, eine Vorlage über einen organischen Aufbau der Industrieverbände auszuarbeiten, daß diese Vorlage den beteiligten Verbänden zur Beratung zu unterbreiten ist und daß, wenn die Beratung unter den Verbänden über diese Vorlage nicht zu einer Verständigung führt, sodann darüber auf dem nächsten Konarbeits Bericht zu erörtern ist, daß als frühestens der nächste Kongress eine endgültige Entscheidung herbeizuführen kann, die dann als Konarbeitsbeschlus für die Gesamtheit der dem Bunde angeschlossenen Verbände gelten würde. Bis zu einer Veränderung gelten selbstverständlich die jetzigen Bundesbeschlüsse. Bis zum nächsten Kongress, der natürlich die Sachung abändern kann, stellen die jetzigen Sachungen das geltende Gewerkschaftsrecht dar, das selbstverständlich von jedem angeschlossenen Verbände zu respektieren ist.

Aber es darf auch nicht die Auffassung vertreten werden, als wenn nun bis zum Zustandekommen eines neuen Beschlusses die Entwicklung überhaupt nicht fortschreiten dürfte. Die Entwicklung soll nicht zwangsweise festgehalten werden, aber sie soll auch nicht etwa zwangsweise aufgegeben werden. Freiwillige Verschmelzungen von Verbänden miteinander sollen keineswegs verboten sein, sondern sie sind wünschenswert. In den Sachungen steht ausdrücklich: Der Bund steht auf dem Standpunkt, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenflusses zu großen leistungsfähigen Verbänden vollziehen muß — nicht nur vollziehen kann — und der Bund will die Zusammenziehung der Gewerkschaften unterstützen. Also die Entwicklung darf auch nicht aufgehoben werden. Freiwillige Verbindungen können, auch ehe der Kongress endgültig beschließt, durchaus vorgenommen werden. Im übrigen gilt auch die Vorchrift der Bundesbeschlüsse weiter, daß jede Gewerkschaft Aufnahmegebühr für die sie nicht zuständig ist, an die zuständige Gewerkschaft zu verweisen hat, daß, wenn in einem Industrie-, Gemeinde-, Staats- oder Genossenschaftsbetrieb Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, für die mehrere dem Bunde angeschlossene Gewerkschaften bestehen, jede Gewerkschaft nur die Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder aufnehmen darf, die dem Berufe nach zu ihr gehören.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung: „Verschiedenes“, lag eine Beschlus des Daxdeckerverbandes vor, weil er durch einen Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. geschädigt und in seiner Tätigkeit gehemmt worden sei. Nach kurzer Aussprache kam der Bundesauschuss zu folgender Stellungnahme:

Der Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lage darf nicht die Arbeiterbewegung selbst gefährden, wie es geschieht, wenn trotz Bewilligung der Forderungen

die Herstellung der Arbeiterzelungen und der gewerkschaftlichen Druckfachen, die Fertigstellung dringender Bauarbeiten oder Reparaturen in Gewerkschaftshäusern usw. vernachlässigt wird. Eine derartige Streikpolitik nützt den Streikenden nichts, sie schädigt aber die Bewegung im ganzen und sollte deshalb künftighin unbedingt vermieden werden.

## Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

### Darmstadt.

Hier wird die Teuerungszulage prozentual nach der Zulage der Gehilfen geregelt. Die Prozentätze betragen nach dem Altersstufen des Reichstarifs für das Buchdruckerhilfspersonal 65, 80, 85 und 90 Proz. für Steinschleifer. Danach errechnen sich Zulagen ab 7. und 21. Oktober von 650,— (260,—) Mk., 800,— (320,—) Mk., 850,— (340,—) Mk. und 900,— (360,—) Mk. Hilfsarbeiter 60, 75, 80 und 85 Proz., demnach Zulagen 600,— (240,—) Mk., 750,— (300,—) Mk., 800,— (320,—) Mk. und 850,— (340,—) Mk. Einlegerinnen 60 Proz. = 600,— (240,—) Mk. Zulage, Hilfsarbeiterinnen 55 Proz. = 550,— (220,—) Mk. Zulage.

### Gera.

Die in der letzten Nummer der „Solidarität“ veröffentlichten Beschlüsse der Hilfsarbeiterinnen sind nicht richtig wiedergegeben. Die neuen Wochenlöhne betragen für Hilfsarbeiterinnen

	ab 7. 10.	ab 21. 10.
über 20 Jahre	2183,— Mk.	2376,— Mk.
von 18 bis 20 Jahren	1971,— „	2145,— „
„ 16 „ 18	1708,— „	1857,— „
„ 14 „ 16	1243,— „	1359,— „

### Hannau a. M., Gr. Aufreim.

Die Zahlung der Zulage erfolgt ab 7. und 21. Oktober. Steinschleifer von 17 bis 18 Jahren 650,— (260,—) Mk., bis 20 Jahre 700,— (280,—) Mk., bis 21 Jahre 750,— (300,—) Mk., bis 24 Jahre 850,— (340,—) Mk. und über 24 Jahre 900,— (360,—) Mk. Die Zulagen für Hilfsarbeiter bis 21 Jahre ist dieselbe wie bei den Steinschleifern, Hilfsarbeiter bis zu 24 Jahren erhalten 800,— (320,—) Mk. und über 24 Jahre 850,— (340,—) Mk. Für Einlegerinnen bis zu 17 Jahren beträgt die Zulage 400,— (160,—) Mk., bis 18 Jahre 500,— (200,—) Mk., ältere Einlegerinnen erhalten 550,— (250,—) Mk. Die Hilfsarbeiterinnen von 17 bis 18 Jahren erhalten 450,— (180,—) Mk., über 18 Jahre 500,— (200,—) Mk.

### Hösch a. M.

Die neuen Zulagen werden ab 8. und 22. Oktober gezahlt. Sie betragen bei Steinschleifern und Hilfsarbeitern von 16 bis 18 Jahren 614,40 Mk. und 286,95 Mk., bis zu 20 Jahren 735,65 Mk. und 283,75 Mk., bis zu 24 Jahren 901,85 Mk. und 347,85 Mk., über 24 Jahre 1087,40 Mk. und 419,40 Mk. Der Wochenlohn für die letztgenannte Gruppe stellt sich ab 22. Oktober auf 4613,65 Mk.

Einlegerinnen erhalten nach einjähriger Berufstätigkeit 687,40 Mk. und 265,15 Mk., Hilfsarbeiterinnen und Bogenfängerinnen 588,10 Mk. und 226,85 Mk.

### Leipzig.

Am 11. Oktober fanden Verhandlungen mit dem Verein Leipziger lithographischer Anstalten über die zukünftige Entlohnung des Steindruckhilfspersonals statt. Nachdem die Gehilfen, wie bei der letzten Verhandlung ihren Abschlus nach dem Buchdruckerabkommen getroffen hatten, versuchten die Prinzipale wiederum ebenfalls, nach den Prozentätzen des Buchdruckerhilfspersonals die Entlohnung vorzunehmen. Aber nicht nur das, sie gingen noch einen ganz beträchtlichen Teil darunter unter Hinweis auf das mit dem Buchdruckerabkommen in Berlin getroffene Abkommen, welches die Prinzipale bereits in Händen hatten. Ein derartiges Anstehen wurde von unserer Kommission als unannehmbar bezeichnet, so daß die Verhandlungen schon im Anfangsstadium zu scheitern drohten. Die Aussprache zeigte immerhin den Willen, einander näher zu kommen, schließlich sollten beide Teile gesondert ihre Forderungen revidieren. Nach über 5 Stunden dauernder Verhandlung, wobei es zu erraten ist, wievielmal Auseinandersetzungen kam, wurde nachfolgendes Abkommen getroffen. Haben wir auch manden Wunsch zurückstellen müssen, so eruchen wir die Kollegenchaft, dem Abkommen keine Schwierigkeiten zu bereiten, da ja auch die Prinzipalkommission nicht alle ihre Wünsche verwirklichen konnte.

### Männliche Hilfsarbeiter:

	Zulage ab 7. Oktober	Zulage ab 21. Oktober
	1922	1922
	Mk.	Mk.
über 24 Jahre, verheiratet	950,—	400,—
„ 24 „ ledig	920,—	370,—
von 21—24 „ verheiratet	900,—	350,—
„ 21—24 „ ledig	850,—	330,—
„ 19—21 „ verheiratet	800,—	320,—
„ 19—21 „ ledig	750,—	300,—
„ 17—19 „ „	700,—	275,—

Steinschleifer erhalten dieselbe Zulage wie Steinschleifer.

### Hilfsarbeiter:

über 24 Jahre, verheiratet	930,—	380,—
„ 24 „ ledig	900,—	350,—
von 21—24 „ verheiratet	875,—	340,—
„ 21—24 „ ledig	825,—	320,—
„ 19—21 „ „	750,—	290,—
„ 17—19 „ „	675,—	260,—
„ 16—17 „ „	525,—	210,—
„ 15—16 „ „	340,—	130,—
„ unter 15 „ „	300,—	100,—

### Weibliche Hilfsarbeiter:

Notarinnen	575,—	230,—
Apparatführerinnen	575,—	230,—
Einlegerinnen	575,—	230,—
Buchdruckerhilfsarbeiterinnen	575,—	230,—
Auslegerinnen über 18 Jahre	575,—	230,—
„ unter 18 „	500,—	200,—

Sonstige Hilfsarbeiterinnen:		
über 20 Jahre	500,-	200,-
von 18-20	500,-	190,-
16-18	440,-	160,-
14-16	275,-	100,-

**Bronzier- und Puderarbeiter:**

Handbronzierer	pro Stunde	1,80 Mt.
Als Wachsbräuer		1,-
Pudern und Wachsen		1,50

Das Unternehmen hat Gültigkeit vom 7. Oktober bis 3. November 1922.

### Mainz

Das Hilfspersonal der Firma Scholz und Schott erhält die Zulagen ebenfalls ab 8. und 22. Oktober. Sie betragen für Steinischleifer und Siegelkassarbeiter bis 20 Jahre 672,- Mt. und 269,50 Mt., bis 22 Jahre 720,- Mt. und 288,75 Mt., bis 24 Jahre 768,- Mt. und 308,- Mt., über 24 Jahre 816,- (874,-) Mt. und 327,25 (346,50) Mt. Die einige lammern Sätze beziehen sich auf Verheiratete. Für Hilfsarbeiter verbleiben sich dieselben Sätze, nur der Zuschlag für Verheiratete fällt fort. Auflegerinnen erhalten eine Zulage von 528,- Mt. und 211,75 Mt., Hilfsarbeiterinnen vom 18. Jahre ab 480,- Mt. und 192,50 Mt.

### Aus unseren Zahlstellen

**Halle.** In der Mitgliederversammlung am 11. Oktober wurde bekanntgegeben, daß Kollege Scheibe sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat. Eine Neuwahl wurde bis zur Generalversammlung hinausgeschoben. Wegen angeblich zu hoher Löhne im Steindruck wurde das Vertragsverhältnis von der Firma Krotzer gekündigt. Die nötigen Schritte sind bereits unternommen worden. Infolge der enormen Geldentwertung beantragte die Verwaltung den Druckschlag auf 4 Mt. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die am 1. Oktober in Kraft getretene Beitrags- und Unterstützungserhöhung wurde vom Kassierer erläutert und für erforderlich erklärt. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 42 426,40 Mt. und eine Ausgabe von 6108,15 Mt. Also konnten 36 318,25 Mt. an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Dristoffe hatte eine Einnahme von 11 212 Mt. und eine Ausgabe von 9984,40 Mt. Der Mitgliederbeitrag beträgt 48 männliche und 316 weibliche Personen. Das Ergebnis der Tarifausführung wurde als unbefriedigend zum Kenntnis genommen. Den Mitgliedern wurde ferner ans Herz gelegt, daß bei Bindungen sofort der Verwaltungsstelle Mitteilung zu machen ist. Bei Verletzung der Präsenzliste wurde festgestellt, daß die Firmen Schwarz, Müller, Rode u. Sohn und Kersten nicht vertreten waren.

**Köln.** Eine Ehrung für Hermann Bell. Nachrich hatte sich die Kölner Kollegenchaft einschließlich der Schriber und verschiedener Gewerkschaftsvertreter einmündend, Angehörige und ehemalige Freunde von nah und fern waren an einem Sonntagmorgen am Grabe des allgegenwärtigen Bell versammelt, um Zeuge zu sein, wie die „apollische“ Hilfsarbeiterchaft seinen überzeugten Führers und Kampfers würdig gedenkt. Mehrere hundert Personen waren roh brechenden Gewitterregens erschienen. Mit dem Barden wurde die Feier durch den Kölner Buchdruckerangehörigen „Gutenberg“ eröffnet. Dann betrat Kollege Heilmann von unserer Zahlstelle einen Sockel neben dem wuchtigen Gedenkstein — einem joganantigen Findling, der, von Gebirgs- und Waldstrüchern umwuchert, mit einer Tagusheide eingefaßt, den mit wilden Waldgewächsen bespannten Grabhügel einschließt — zu einer kurzen Ansprache. Noch einmal den Verdiensten Hermann Bells schilbernd, dessen Leben, Liebe und Arbeit, dessen Wirken und Wollen als Arbeiter und Führer Kampf und Aufopferung für die Kollegenchaft gewesen war. Der Denkstein sei aus freimütigem Entschluß aller Mitglieder des Gaus I erstanden, nicht um Personenkult zu treiben, den man in der Arbeiterbewegung nicht kenne, sondern durch diesen Gedenkstein die fröhliche Entwicklung unserer Organisation auch hier an der weiflichen Wetterede unter Hermann Bells glänzender und glücklicher Führung zum Ausdruck zu bringen. Kollege Heilmann schloß mit den Worten: Freunde und Kollegen! Hermann Bell ist zwar tot, aber er ist nicht von uns gegangen, in seinem Werke und seinem Geiste lebt er mit uns weiter. Am ihn in Erinnerung zu behalten, hätte es eines Denkmals nicht bedurft, denn er hat sich in den Herzen aller, die ihn kannten, ein bleibendes Denkmal gesetzt. Und wieder legte der Gefangene unter dem Raufen der hohen alten Waldbäume, die das Grab von zwei Seiten beschatten, zu einem Leide ein: Unter allen Wipfeln ist Ruh, bald schlüft auch du, auch du... Eine weifepole Stunde inmitten einsamen Waldfriedens. Feuchttaler Wind durchschaltete das Blattwerk der Bäume, die Trauerweiden am Friedhofseingang senkten tief die herabhängenden Zweige, als die Stätte des ewigen Friedens sich hinter uns schloß... Vor uns wieder das Leben!...

**Köln.** Am großen Saale des Coloniashauses, der fast bis auf den letzten Platz gefüllt war, fand am 12. Oktober unsere Mitgliederversammlung statt. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden und Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen ergriff Verbandsvorsitzender Kollege Bucher das Wort zu seinem Vortrage: Die Lage im Gewerbe, nicht von Zukunftsmut oder hoher Politik, sondern als Hilfsarbeiter zum Hilfsarbeiter zu sprechen, habe er sich zur Aufgabe gemacht, leitete Kollege Bucher seine Ausführungen ein. In klaren und nüchternen Worten rollte Redner die Fragen der Wirtschaft, Lohn, Tarif- und Gewerkschaftspolitik auf, die hier näher festzuhalten weder Raum noch Ort ist, denn auch auszugeweiht würden sie nur Stäubchen bedeuten, weil alle Darlegungen zusammenhängend und ineinandergerend und trotzdem wie aus einem Stück gegossen waren. Einmütig zum Ausdruck kam bei allen Versammlungsteilnehmern die Erkenntnis, daß die gewerkschaftliche Hilfsarbeiterchaft einen gründlichen Schürer auf wirtschaftlichem Gebiete, wie einen jäh und mutig vorwärtschreitenden Führer an der Spitze habe. In der Diskussion wurden Fragen in bezug auf die Tätigkeit des Betriebsrats sowie Entschädigung für Bronzierarbeiten angeschnitten, die Kollege Bucher in seinem Schlussworte auflehnend ergänzte bzw. beantwortete. Am den Punkt 3 der Tagesordnung,

**Bekanntgabe des Ergebnisses der Tarifausführung,** schloß sich ebenfalls eine lebhaftige Aussprache, die der Vorsitzende Heilmann in seinem Schlussworte zusammenfaßte in der Erklärung, daß die Kölner Kollegenchaft die Tätigkeit unserer Unterhändler im Tarifausfuß voll und ganz anerkennt. Den Prinzipalplan aber werde mahnend zugerufen, den Bogen nicht zu überspannen und zu sehr in Krisenpolitik „zu machen“, fintelmal die Hilfsarbeiterchaft sich merken müsse, zu gegebener Zeit mit denselben Mitteln zu kämpfen. Der Punkt Lohnbeitragszahlung wurde in Würdigung der Geldentwertung ohne besondere Aussprache von der Versammlung angenommen. Es zählten ab 1. Oktober männliche Mitglieder über 16 Jahre 5 Mt., männliche unter 16 Jahren und alle weiblichen Mitglieder 3 Mt. pro Woche Lohnbeitrag. Mit mahnenden Worten an die Kollegenchaft, immer so treu und fest zur Organisation zu halten, hinter den selbstgewählten Kollegen und Führern, insbesondere dem Verbandsvorsitzenden, zu stehen, schloß Kollege Heilmann die angeregte verlaufene Versammlung.

### Rundschau

Die „Opposition“ besteht nicht mehr. In Berlin holte ein Teil der graphischen Arbeiter, die politisch zur USPD gehörten, ein eigenes Organ herausgegeben, in dem sie ihre abweichende Haltung von der Mehrheit der graphischen Arbeiter zum Ausdruck brachten. Die politischen Zeitereignisse und mit ihnen die finanziellen Schwierigkeiten machten das Weitererhalten dieses Blattes, „Opposition“ genannt, überflüssig und unmöglich. Die Kollegen geben daher folgendes bekannt:

„Die Opposition“ hat mit der Nummer 9 ihr Erscheinen eingestellt. Sie ist, wie so viele andere Druckereizettel, den wirtschaftlichen Verhältnissen erlegen. Allein auf den Idealismus der Kollegen gestützt, hat sie sich ehrenhaft mit der dem Idealismus innewohnenden Kraft gegen dieses Schicksal gewehrt. Aber die Grenze des Idealismus war erreicht. Wir danken an dieser Stelle allen Kollegen für ihre aufopfernde Hingabe und Mitarbeit und erwarten von ihnen „trotz alledem“ ein treues Festhalten an der Opposition.

Der letzte Satz, der „ein treues Festhalten“ erwartet, wird manchem sonderbar erscheinen. Die Kollegen wollen damit, wie sie angeben, auch nicht zum Ausdruck bringen, daß sie Anhänger der Sabotageopposition sind. Ihnen sei in den Verbänden der graphischen Arbeiter die Schaffung des Industrieverbandes vornehmste Aufgabe. Sie werden bei uns Hilfsarbeitern daher keine Gelegenheit zum „treuen Festhalten“ haben.

**Einigung zum Heile der Gewerkschaften.** Daß die Vereinigung der SPD mit der USPD, auch im Interesse der Gewerkschaftsbewegung gelegen ist, wurde bereits von uns zum Ausdruck gebracht. Die Zerplitterung der Arbeiterbewegung, die sich auch in den Gewerkschaften durch die Bildung von Fraktionen bemerkbar gemacht hat, mußte zu einer Schwächung der Stoßkraft auch in den Gewerkschaften führen. Diese Tatsache ist nicht nur von uns festgestellt worden, sie wurde auch von Leuten beobachtet, die uns als Gegner gegenüberstehen. In Nr. 10 des „Gewerkschaftsvereins“ (Hilfsarbeiter) wird in einem Artikel „Partei und Gewerkschaften“ auf der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien Stellung genommen und u. a. ausgeführt, daß unter der Bildung von Fraktionen in den Gewerkschaften die Stoßkraft der Gewerkschaftsbewegung leiden mußte. „Am schlimmsten wurde es“, so heißt es in dem Artikel weiter, „als die Kommunisten auf das Gebot von Moskau hin und zweifellos auch durch russisches Geld gefördert, systematisch mit der Zellenbildung einsetzten und durch ihr rabiotisches Gebahren auch verhältnismäßig starken Anhang fanden. Von einer gemeinsamen Arbeit war nun nicht mehr die Rede“. In gegenseitigen Kämpfen wurden die Kräfte zerplittert und verbraucht, und zahlreiche ruhige Elemente, die von diesem Treiben angewidert wurden, schieden aus ihrem Verbände aus, suchten anderswo Unterflucht oder verschwand in dem Meer der Indifferenten. Denn in künftigen Kreisen besteht darüber kein Zweifel, daß die in so erschreckender Weise gestiegene Zahl der Unorganisierten zu einem erheblichen Teil auf die Auseinandersetzungen und inneren Zwistigkeiten in den freien Gewerkschaften zurückzuführen ist.

Mit dieser Meinungsäußerung vergleiche man die Behauptungen der Kommunisten, daß der stellenweise vorgekommene, aber ganz und gar nicht allgemeine Rückgang der Mitgliederzahlen in den freien Gewerkschaften auf die Politik des USPD zurückzuführen sei, die den Mitgliedern nicht einfließen genug sei und sie daher mit den freien Gewerkschaften unzufrieden mache. Hier wird den Kommunisten von unvoreingenommener Seite bezeugt, daß sie mit ihrer Sabotagepolitik diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die in den Gewerkschaften eine ideale Vereinigung für die Hebung der Arbeiterklasse zu finden glaubten, aus den Gewerkschaften wieder herausgeekelt haben. Dadurch, daß auch die Anhänger der SPD und der USPD, sich in manchen Fragen feindselig gegenüberstanden und sich bekämpften, wurde den Kommunisten ihr verderbliches Spiel noch erleichtert. Durch die Einigung dürfte es jenen doch erheblich schwerer gemacht werden, ihre Moskauer Methoden mit Erfolg fortzusetzen; die vereinigten Gewerkschaften werden hoffentlich nun überall ihre ganze Energie aufbieten, um die ewigen Ruhestörer und Schädlinge der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur Räson zu bringen.

Bemerkenswert ist noch, was das genannte Blatt zu der Eigenbrötelei der Redebour und Genossen sagt, die die Einigung nicht mitgemacht haben. Das Blatt meint, daß diese Gruppe über kurz oder lang von rechts oder, was noch wahrscheinlicher ist, von links, den Kommunisten, verschlungen werden wird. Dieser Ansicht sind wir auch, und deshalb nehmen wir die stolze Geste des alten Sonderlings und seiner kleinen Gefolgschaft auch nicht traglich, sondern freuen uns der gelungenen Einigung, die ohne Zweifel auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur Stärkung dienen wird.

**Festsetzung von Druckpreisen für amfide Druckmaschinen.** Das Tarifamt teilt mit, daß der preußische Finanzminister die Höchstzulage auf die Friedenspreise für Satz-, Druck- und Buchbinderarbeiten auf besonderen Antrag erhöht habe, und zwar mit Wirkung vom 8. Oktober 1922 ab. Danach betragen die Höchstzulage

a) für Formulare und Utensilien	25 060 Pro.
b) für Kataloge, Preislisten und größere Druckarbeiten	23 760 "
c) für Werte, Zeitschriften und sonstige regelmäßig erscheinende Blätter sowie Zeitungen	22 748 "
d) für Qualitätsarbeiten	26 312 "
e) für Buchbinderarbeiten	25 080 "

**Unterbringung schwerkranker Buchdrucker.** Schwerkranker Linotypsetzer, 33 Jahre alt, ledig, im Gehe nicht behindert, 12jährige Praxis, mit dem Mechanismus der Maschine sowie elektrischer Heizung bestens vertraut, an festes Arbeiten gewöhnt, sucht Dauerstellung. Meldungen offener Stellen erbittet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstr. 239.

### Eingegangene Druckschriften

Geinrich Dietz. Ein kühner Buchdrucker. Anlaß des Todes von Geinrich Dietz hat die Buchhandlung Verlags des Heine Gesellschaft herausgegeben die sich mit der Würdigung seines Lebenswerkes befaßt und zur Gründung einer „Geinrich Dietz-Gesellschaft“ aufruft. Es handelt sich bei der Geinrich-Dietz-Gesellschaft um die Zusammenfassung aller geistig und körperlich Schaffenden die erst mit der Beteiligung und Vertiefung ihrer sozialistischen Weltanschauung einen, zu einer großen Genossenschaft. Jedes Mitglied der Gesellschaft hat große Band geistliche Vorteile von seiner Mitgliedschaft gegenüber, denen der jährliche Beitrag von 20 Mt. (vielleicht in Monaten zu erhebende Beitrag) gar nicht im Geheit fällt. Alle Mitglieder dieser geistigen Genossenschaft erhalten nämlich alle Veröffentlichungen der „Dietz-Gesellschaft“ zu einem besonders ermäßigten Preise.

### Briefkasten

**B. in Offenbach.** Das „Korrespondenzblatt“ ist dort bei der Post zu bestellen und der Bezugspreis mit der Hauptliste zu bekommen.

**H. in Frankfurt.** Die Zeitungen betragen die Kollegin Meyer direkt in ihre Wohnung ausgeliefert. Folgendermaßen kann nicht überwiegen werden.

**M. in Stuttgart.** Du siehst, ich habe versucht, den Schaden auszumachen. Angenehme Grüße! Die nicht ausgehoben werden.

**R. in Wiesbaden.** Dem Wunsch der Mitgliederversammlung wird in bestem Umfang nicht entgegenstehen können, da in den Berichten oft manches enthalten ist, was die Öffentlichkeit nicht interessiert. Das bezieht sich natürlich auch auf andere Abteilungen.

**W. in Bielefeld.** Sie müssen die Zeitungen schon seit 1. Oktober erhalten. Bestimmen Sie sich dort bei der Post. Auch von hier aus wird eine Veränderung sofort einleitet werden.

**S. u. J. Weidmann.** Die Ansprache über das Thema kann in der „Solidarität“ nicht 1. kenneilbert werden. Sie werden sich jetzt schon im Bereiche verständigen müssen.

### Anzeigen

**Achtung! Stein- und Zintfleischer Leipzig.**  
Die am 9. Oktober ausgefallene Sektionsversammlung findet  
Montag, den 30. Oktober 1922,  
in der Gaststube Parktheater statt.  
Tagesordnung:  
1. Vor- und Nachteile eines Reichstreffes im Stein- und Zintfleischer-Ref.: Kollege Meyer.  
2. Unser letztes Lohnabkommen.  
3. Ausplätsche.  
Die Sektionsleitung erwartet, daß nunmehr mit einem vollständigen Besuch zu rechnen ist. Alle säumigen Kollegen sind aufzumuntern.  
S. A.: Artur Müller.

Unserer lieben Kollegin Elise Kollmanns nebst Bräutigam zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche!  
Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Ben. Krebs, Schillingerei, Zahlstelle Frankfurt a. M.

Unserem werten Kollegen Georg Winter nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit.  
Zahlstelle Groß-Steinheim.

Unserer lieben Kollegin Elisabeth Krüger (i. Fr. Hays Erben) nebst Gemahl nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Zahlstelle Potsdam.

### Sterbetafel



Am 5. September 1922 verstarb unsere liebe Kollegin, die Steinbrückeranlegerin

**Ida Barth**

(i. Fr. Hans Reibhose)

im blühenden Alter von 17 Jahren.

Am 18. September 1922 verstarb plötzlich und unerwartet unsere liebe Kollegin, die Auslegerin

**Gertrud Murkowsky**

(i. Fr. C. Grumbach)

im Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt Ihnen allezeit  
Die Zahlstelle Leipzig.

Am 1. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unsere wertige Kollegin, die Anlegerin

**Emilie Fische**

(i. Fr. Arbeiterdruckerei)

im blühenden Alter von 28 Jahren.  
Ihre allezeit tüchtige Mitarbeit liebert ihr ein dauerndes Andenken.

Die Mitglieder der Zahlstelle Götting.